



Haushalts- und Finanzausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

30. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500 (erste Ergänzung)

a) Auswertung der öffentlichen Anhörung

Stellungnahmen 14/189, 14/205, 14/209, 14/211, 14/225, 14/230, 14/232 bis 14/236, 14/238 bis 14/242, 14/250, 14/251, 14/257 bis 14/259, 14/262, 14/266, 14/271 und 14/272

Ausschussprotokoll 14/153

Der Ausschuss debattiert über die Ergebnisse der Anhörung.

b) Beratung der ersten Ergänzungsvorlage

9

Drucksache 14/1500

Eine Aussprache erfolgt nicht.

- c) Beratung über die Landesbetriebe und den BLB in Verbindung mit den Jahresabschlüssen 2004** 9
- Vorlagen 14/74 bis 14/82 und 14/174
- Der Ausschuss erörtert Einzelfragen zu folgenden Landesbetrieben:
- | | |
|---------------------------------------|----|
| Landesvermessungsamt NRW | 10 |
| Landesbetrieb Mess- und Eichwesen NRW | 10 |
| Landesbetrieb Geologischer Dienst NRW | 11 |
| Materialprüfungsamt NRW | 11 |
| Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW | 12 |
| Landesbetrieb Straßenbau NRW | 14 |
- d) Zweiter Beratungsdurchgang aller Einzelpläne - in Verbindung mit der Auswertung der Berichterstattergespräche** 15
- Vorlagen 14/321 bis 14/336 - Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche
- Vorlagen 14/305, 14/317, 14/359, 14/361 und 14/364
- Der Ausschuss erörtert eine Frage zum Einzelplan 13. Im Übrigen wird auf eine Einzelberatung heute verzichtet.
- 2 Nordrhein-Westfalen erhält das modernste Bildungssystem Deutschlands - Novellierung des Schulgesetzes unverzichtbar** 16
- Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1024
- In Verbindung damit:
- Den Weg frei machen für ein wirklich modernes und international anschlussfähiges Schulsystem in NRW - das Eckpunktepapier der Landesregierung unverzüglich zurückziehen!**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1031
- Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dem **Antrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 14/1024 zuzustimmen.**

Mit demselben Stimmenverhältnis empfiehlt er, den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1031 abzulehnen**.

3 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (2. AFWoG NRW) 17

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 14/706

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Fehlbelegungsrechts für das Land Nordrhein-Westfalen - Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz - (FehlÄndG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/795

Ausschussprotokoll 14/127

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, den **Gesetzentwurf** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/706 abzulehnen**.

Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **empfiehlt** er, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/795 anzunehmen**.

4 Verschiedenes 18

3 Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land Nordrhein-Westfalen (2. AFWoG NRW)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 14/706

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Fehlbelegungsrechts für das Land Nordrhein-Westfalen - Fehlbelegungsrechtsänderungsgesetz - (FehlÄndG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/795

Ausschussprotokoll 14/127

Diese beiden Anträge seien, so die **Vorsitzende**, am 1. bzw. 14. Dezember 2005 an den Ausschuss für Bauen und Verkehr - federführend - und an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie an den HFA zur Mitberatung überwiesen worden. An der Anhörung des federführenden Ausschusses habe sich der HFA nachrichtlich beteiligt.

Diese Anhörung hat nach den Worten von **Horst Becker (GRÜNE)** deutlich gezeigt, dass weder das Modell der SPD-Fraktion, weil es zu hohen bürokratischen Kosten trotz deutlich geringerer Einnahmen führe, noch das Modell der Landesregierung geeignet seien, auch nur ansatzweise eine kommunalfreundliche und unbürokratische Struktur zu ermöglichen.

Die Konsequenz, die die Regierungsfractionen laut Ankündigung im federführenden Ausschuss daraus ziehen wollten, sei insofern erfreulich, als sie das Modell der Landesregierung auch für zu bürokratisch hielten, aber insofern unerfreulich, als sie die Fehlbelegungsabgabe abschaffen wollten mit der Konsequenz, dass dem Wohnungsbau 35 Millionen € nicht mehr zur Verfügung stünden, also dem Wohnungsmarkt für einkommensschwache Schichten entzogen würden.

Die Stellungnahme des Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes hätten gezeigt, dass diese Einnahmehinderung nicht auszugleichen sei, dass diese Mittel in Nordrhein-Westfalen aber für das Segment des unteren Wohnungsmarktes benötigt würden, insbesondere in der südlichen Rheinschiene. Die Mär vom ausgeglichenen Wohnungsmarkt sei nicht nachzuvollziehen. Was CDU und FDP vorhätten, führe im Bereich des sozialen Wohnungsmarktes zu einem Desaster.

Für **Christian Möbius (CDU)** zeigt das Ergebnis der Anhörung, dass die Regierungsfractionen in der Lage seien, aus Anhörungen Schlüsse zu ziehen. CDU und FDP zögen daraus die Konsequenz, die Fehlbelegungsabgabe nicht gestaffelt bis 2009 auslaufen zu lassen, sondern im Zuge der notwendigen Entbürokratisierung und Deregulierung diesen Zeitpunkt vorzuziehen. Ein entsprechender Änderungsantrag werde im federführenden Ausschuss gestellt.

Der **Ausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 14/706 abzulehnen.

Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen empfiehlt er, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/795 anzunehmen.

4 Verschiedenes

Rüdiger Sagel (GRÜNE) erinnert daran, das die Landesregierung vor einiger Zeit zugesagt habe, über den Personalabbau in den Jahren 1995 bis 2000 zu berichten, nachdem über den Zeitraum 2000 bis 2005 ein entsprechender Bericht vorgelegt worden sei. Seine Fraktion erwarte diesen Bericht dringend, weil laut Pressemeldung vom 29. März 2006 offenbar von Minister Uhlenberg geäußert worden sei - was sehr irritiert habe -, die Umweltverwaltung sei in dem fraglichen Zeitraum aufgestockt worden.

gez. Anke Brunn
Vorsitzende

hoe/26.07.2006/23.08.2006

178